



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

---

Holodomor und Nation: Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild

Author(s): Wilfried Jilge

Source: *Osteuropa*, DEZEMBER 2004, Vol. 54, No. 12, Vernichtung durch Hunger: Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR (DEZEMBER 2004), pp. 146-163

Published by: Berliner Wissenschafts-Verlag

Stable URL: <http://www.jstor.com/stable/44932109>

---

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



Berliner Wissenschafts-Verlag is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Osteuropa*

JSTOR



*M. Ivančenko. Ähren. Ohne Jahr*

Wilfried Jilge

## Holodomor und Nation

### Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild

Die Hungersnot 1932/1933 gehörte in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik bis Ende 1987 zu den „weißen Flecken“ in der sowjetischen Geschichte. Ihre Enttabuisierung nach der Reaktorkatastrophe von Čornobyl' 1986 förderte die Delegitimation des sowjetischen Systems. In diesem Beitrag werden die Bedeutung des *Holodomor* für die Herausbildung eines nationalukrainischen Geschichtsbildes und die Bewältigung der totalitären Vergangenheit untersucht und seine Funktionen in der Geschichtspolitik der Ukraine analysiert.

Angesichts der katastrophalen Ausmaße ist das Urteil, die Hungersnot 1932/1933 sei das „fürchterlichste Verbrechen Stalins“ (V. Danylov), nicht von der Hand zu weisen.<sup>1</sup> In den ukrainischen (Schwarzerde-)Gebieten mit einem reichen und selbstbewußten Bauerntum wirkte sich die Hungersnot besonders hart aus und hatte nachhaltige Folgen für die Nationsbildung, die bis in die jüngste Zeit reichen. Insofern verwundert es nicht, daß die von der Mehrheit ukrainischer Historiker und patriotischer Intellektueller „Genozid“ oder „Ethnozid“ gegen das ukrainische Volk genannte Hungersnot 1932/33 zu den Schlüsselereignissen im nationalen Geschichtsbild nach 1991 zählen.<sup>2</sup> In diesem Beitrag sollen die Bedeutung und Funktion der Hungersnot in einem nationalen Geschichtsbild sowie ihr Wandel seit der Perestrojka untersucht werden. Dabei soll nicht nur der Frage nachgegangen werden, mit welchen historischen Stereotypen welche Form der Nation aus dem Ereignis abgeleitet wird,<sup>3</sup> sondern ob und wie die Deutung der nationalen Unterdrückungserfahrung des Holodomor als politische Ressource genutzt wird und Gegenstand der Selbstvergewisserung einer Gesellschaft im Übergang vom totalitären System zur Demokratie war und ist.<sup>4</sup>

---

**Wilfried Jilge** (1970), M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. (GWZO), Leipzig

<sup>1</sup> Zit. nach Stephan Merl: War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt? In: Guido Hausmann, Andreas Kappeler (Hg.): *Ukraine: Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates*. Baden-Baden 1993, S. 145–166 hier S. 147.

<sup>2</sup> Rainer Lindner: Der „Genozid“ im kulturellen Gedächtnis der Ukraine und Weißrußlands. Vernichtungstraumata in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 2/2003, S. 109–151.

<sup>3</sup> Rudolf Jaworski: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 13/1987, S. 63–76.

<sup>4</sup> Barbara Christophe: Staat versus Identität. Zur Konstruktion von „Nation“ und „nationalem Interesse“ in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995. Köln 1997, S. 167–171.

OSTEUROPA, 54. Jg., 12/2004, S. 147–163

Seit der Perestrojka versuchten Intellektuelle in Osteuropa, so auch in der Ukraine, durch eine „Nationalgeschichte“ die Nation als Erinnerungsgemeinschaft zu konstruieren und mit den ihr zugrundeliegenden Geschichtsbildern den politischen Anspruch auf einen Staat zu legitimieren. Die Debatten um die Nationalgeschichte können in Anlehnung an Peter Niedermüller auch als Teil eines postsozialistischen „Diskurses des Nationalen“ bezeichnet werden. Der Postsozialismus wird dabei von den Intellektuellen „ethnisch-moralisch inszeniert“ und dem „geschichts-, moral- und ethiklosen Raum“ des Sozialismus entgegengestellt. Das rekonstruierte historische Gedächtnis wird als „wahre Geschichte“ der nationalen Geschichte gleichgesetzt und der „falschen Geschichte“ der Sowjetzeit entgegengestellt.<sup>5</sup> Diese ideologisch ausgerichtete und kulturelle Umwertung vorgefundener Gesellschaften kann mit dem leicht modifizierten Ansatz von Graham Smith als ein Dreischritt von Essentialisierung, Historisierung sowie der möglichen Totalisierung verstanden werden, wobei die Umwandlung relativer Differenzen in absolute (z.B. von Sprache und Religion) durch die „Nationalgeschichte“ untermauert wird.<sup>6</sup> Selektiv erinnerte Schlüsselereignisse erfüllen die Funktion politischer Symbole, z.B. Gesellschaft zu mobilisieren oder Herrschaft zu legitimieren.

### Die Hungerdebatte in Wissenschaft und Geschichtspolitik

Die These vom geplanten Genozid am ukrainischen Volk ist in der ukrainischen Forschung mehrheitsfähig, international aber höchst umstritten. Anlässlich des 50. Jahrestages der Katastrophe wurde die Hungersnot 1933 von amerikanischen und ukrainischen Wissenschaftlern aus der Diaspora thematisiert. Robert Conquest und James Mace stellten die These auf, daß der Genozid am ukrainischen Volk von Stalin gezielt verursacht worden sei.<sup>7</sup> Neuere Forschungen haben agrarpolitische mit nationalitätenpolitischen Forschungen verbunden und auf die Relevanz des nationalen Faktors im Verlauf der Hungersnot hingewiesen. Gleichzeitig zeigen sie, daß die Politik der Bol'seviki erheblich widersprüchlicher war, als es jene Ansätze nahelegen, die ausschließlich von nationalen und politischen Faktoren ausgehen.<sup>8</sup> Der internationale Forschungsstand ist weder einheitlich, noch sind die Ursachen der Hungersnot abschließend geklärt. Methodische Brückenschläge, die nicht nur nationalitätenpolitische Motive in Erwägung ziehen, wurden von ukrainischen Historikern Anfang der 1990er Jahre unterbreitet.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Peter Niedermüller: *Zeit, Geschichte, Vergangenheit. Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus*, in: *Historische Anthropologie*, 5/1997, S. 245–267, hier 247.

<sup>6</sup> Graham Smith u.a. (Hg.): *Nation-building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*. Cambridge 1999, S. 15–16.

<sup>7</sup> Robert Conquest: *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and Terror-Famine*. London 1986. – James E. Mace: *The Man-Made Famine of 1933 in Soviet Ukraine*, in: Roman Serbyan, Bohdan Krawchenko (Eds.): *Famine in Ukraine 1932–1933*. Edmonton 1986, S. 1–14.

<sup>8</sup> Terry Martin: *The 1932–33 Ukrainian Terror: New Documentation on Surveillance and the Thought Process of Stalin*, in: Wsewolod W. Isajiw (Ed.): *Famine-Genocide in Ukraine: Western Archives, Testimonies and New research*. Toronto, Ontario 2003, S. 97–114. – Ders.: *The Affirmation Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Ithaca, London 2001. – R.W. Davies, Stephen G. Wheatcroft: *The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933*. 2004, S. 431ff.

<sup>9</sup> Valerij Vasil'jev, Jurij Šapoval (red.): *Komandyry velykoho holodu. Poizdky V.Molotova i L. Kahanovyča v Ukraïnu ta na Pivničnyj Kavkaz. 1932–1933 rr.* Kyïv 2001. – V.M.

Eher in den Bereich der Geschichtspolitik gehören Thesen, welche die Hungersnot als einen durch das sowjetische Regime von langer Hand geplanten und gegen das ukrainische Volk gerichteten Genozid deuten und diese Interpretation zum „endgültigen“ Forschungsstand erklären – ohne diesen nationalitätenpolitischen Ansatz mit strukturellen, sozialgeschichtlichen und politisch-ideologischen Ansätzen zu konfrontieren.<sup>10</sup> Angesichts der nicht geklärten Ursachen der Hungersnot muß die Frage nach dem Genozid nicht ausschließlich geschichtspolitisch motiviert sein, zumal die Kriterien für die Definition und Anwendung des Begriffs „Völkermord“ nicht unumstritten sind.<sup>11</sup>

### *Die Anfänge der Debatte über die Hungersnot*

Während der Perestrojka waren es die nicht registrierten und weder mit Partei noch Staat verbundenen informellen Gruppen sowie Literaten des Schriftstellerverbandes der Ukraine (SPU), welche seit 1986 die Hungersnot als Teil des Diskurses des Nationalen thematisierten.<sup>12</sup> Den Auftakt bildete die Rede von Ivan Drač auf dem 9. Kongreß des Schriftstellerverbandes im Juni 1986. Drač machte die KPU-Führung für das Desaster der Reaktorkatastrophe in Čornobyl' verantwortlich und wies darauf hin, daß die Große Hungersnot – zu dieser Zeit offizielles Tabu – mehr Menschenleben gefordert habe als der Zweite Weltkrieg. Er verknüpfte den „Ökozid“ Čornobyl' mit der Vernichtungserfahrung der Hungersnot und verwies auf die ethnisch-kulturelle Repression der Ukraine in der Sowjetunion. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Passage der Rede in der *Literaturna Ukraïna* nicht abgedruckt wurde.<sup>13</sup>

Die radikalste Stellungnahme stammte von dem 1987 entlassenen politischen Häftling und Mitglied der Ukrainischen Helsinki-Gruppe, Vjačeslav Čornovil (1937–1999). In seinem „Offenen Brief an Michail Gorbačev“ vom 5. August 1987 bezeichnete er den Hunger 1932/33 als einen „echten Genozid an der ukrainischen Nation“<sup>14</sup> und forder-

---

Danylenko, H.V. Kas'janov, S.V. Kul'čyc'kyj: *Stalinizm na Ukraïni: 20-30-ti rr.* Kyïv 1991, S. 120.

<sup>10</sup> Vasyľ Maročko: *Henocyd proty Ukraïns'koho narodu (1932–1933)*, in: O.M. Veselova, V.I. Maročko, O. M. Movčan (Hg.): *Holodomory v Ukraïni. 1921–1923, 1932–1933, 1946–1947. Zločyny proty narodu.* Kyïv 2000; S. 83–152.

<sup>11</sup> Frank Selbmann: *Der Tatbestand des Genozids im Völkerstrafrecht.* Leipzig 2003. Der Tatbestand des Genozids bzw. Völkermords ist in Art. II der Völkermordkonvention (VMK) der Vereinten Nationen festgelegt, die eine direkte Reaktion auf den Völkermord an den Juden darstellt. Völkermord liegt vor, „wenn jemand in der Absicht, eine nationale ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder dieser Gruppe tötet [ . . . ]“ oder ihnen nach den Kriterien der VMK schweren Schaden zufügt. – Mišča Morgenbesser: *Staatenverantwortlichkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.* Zürich u.a. 2003, S. 16.

<sup>12</sup> Taras Kuzio, Andrew Wilson: *Ukraine: Perestrojka to Independence.* New York 1994 S. 63–79.

<sup>13</sup> Bohdan Nahaylo: *The Ukrainian Resurgence.* London 1999, S. 62-63. – Im März 1987 sprach Ivan Džyuba das Thema Hungersnot indirekt in einer Rezension eines Romans zum ukrainischen Dorf während der Kollektivierung an. Ivan Džyuba: *Vyzrivaje slovo pravdy*, in: Kyïv, 3/1987, S. 122–125, hier S. 125.

<sup>14</sup> Vjačeslav Čornovil: *Vidkrytyj lyst heneral'nomu sekretarevi CK KPRS Gorbačovu M.S.*, in: *Ukraïns'kyj Visnyk*, 7, 8, 9–10/1987, 13–33, S. 26. Die Dissidenten hatten bereits in den 1970er Jahren die Hungersnot als Teil einer grundlegenden Kritik des sowjetischen Geschichtsbildes verurteilt. Herausragend ist das Traktat „Das Recht zu leben“ von Jurij Badž'o

te, dem Volk die „ganze Wahrheit“ über die Vergangenheit zu sagen und sich nicht auf den Stalinismus zu beschränken. Ohne die ukrainische Unabhängigkeit direkt zu fordern, bettete er die Hungersnot in ein ukrainisches Geschichtsbild ein, wobei er als Ausdruck der „nationalstaatlichen Eigenständigkeit des ukrainischen Volkes“ sowohl die Zeit der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) als auch den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten – Todfeinde der sowjetischen Führung – ansprach. Damit nahm Čornovil mit seinem Brief, der in Oppositionskreisen eine große Resonanz auslöste, bereits 1987 die Grundzüge des Diskurses des Nationalen der nächsten Jahre vorweg.

### *Die Enttabuisierung auf offizieller Ebene*

Bis 1988 war die Hungersnot in der Ukraine offiziell tabu. Geschichtspolitische Bedeutung erlangte sie durch die Einsetzung der „Kommission über die ukrainische Hungersnot“ durch den amerikanischen Kongreß 1985.<sup>15</sup> Diese Kommission und die befürchtete Instrumentalisierung der Hungersnot durch die USA anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution veranlaßten das ZK der KPU im Herbst 1987 eine eigene Kommission zur Untersuchung der Ereignisse von 1932/1933 zu bilden. Sie setzte sich aus Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften (AN) der USSR zusammen und sollte die „Falsifizierungen der ukrainischen bürgerlichen Nationalisten“ aufdecken.<sup>16</sup> Wie brennend das Problem für die Ukraine war, zeigt die Tatsache, daß der ukrainische KP-Chef Volodymyr Ščerbuc'kyj in seiner Rede anlässlich der Feiern zum „Großen Oktober“ das Faktum des Hungers, der seiner Meinung nach durch Mißernte hervorgerufen worden war, anerkannte.<sup>17</sup>

Erst nach dieser Rede konnten die Historiker erste Ergebnisse veröffentlichen. Im ersten Beitrag wies Stanislav Kul'čyc'kyj die Thesen der US-Kommission zurück, erkannte aber das Ereignis der Hungersnot an und wies indirekt auf Fehler der Führung bzw. Stalins hin. Angesichts der Ausführungen zu den Errungenschaften in der sowjetischen Landwirtschaft nach 1933 erschien die Hungersnot als schreckliche Ausnahme infolge einer tragischen Verkettung von Umständen und Fehlern. Neben der „künstlicher Forcierung“ der Kollektivierung sei vor allem die „alte Psychologie“ der Bauern für die Hungersnot verantwortlich gewesen.<sup>18</sup> Trotz des „Verdienstes“, neue Fakten genannt zu haben, war der Parteauftrag unverkennbar. Literaten bemängelten den Beitrag des Historiker als unkritisch und verurteilten die Hungersnot schär-

---

(1977/1978). Jurij Badz'o: Pravo žyty. Ukraïna v skladi SRSR, ljudyna v systemi totalitarnoho socializmu. Kyïv 1996.

<sup>15</sup> Die Gründung der Kommission war Ergebnis der Lobbyarbeit der ukrainischen Diaspora in Kanada und Amerika. Dadurch wurde 1983 anlässlich des 50. Jahrestages der Hungersnot erstmals das Interesse der Weltgemeinschaft auf die Vorgänge in der Sowjetukraine 1932/33 gelenkt.

<sup>16</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: Problema holodu 1932–1933 rr. ta її misce v suspil'no-polityčnomu žytti Ukraïny kincja 80-ch – počatku 90-ch rokiv, in: Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni: Istoryko-politolohičnyj analiz social'no-demografičnych ta moral'no-psycholohičnych naslidkiv. Kyïv, N'ju-Jork 2000, S. 27–45 hier 37–39.

<sup>17</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: Holodomor, in: Dovidnyk z istorii Ukraïny. Kyïv 2001, S. 167–168, hier 168.

<sup>18</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: Do ocinky stanovyšča v sil's'komu hospodarstvi USRR u 1931–1933 rr., in: Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal, 3/1988, S. 15–27.

fer.<sup>19</sup> Stellungnahmen in der *Literaturna Ukraïna* knüpften an die Diaspora-These vom geplanten Genozid an und sahen im Parteiapparat die Verantwortlichen für die Katastrophe.<sup>20</sup> Während der Perestrojka gewannen die Forschungen von Mace, Conquest und Diaspora-Ukrainern zunehmend Einfluß auf die Bildung eines ukrainischen Geschichtsbildes. Die national interpretierte Hungersnot wurde zum Ansatzpunkt, um die sowjetische Geschichte als Geschichte der Unterdrückung und als Bedrohung des nationalen Gedächtnisses bzw. der Nation zu interpretieren. So forderten Schriftsteller die Herausgabe eines „kollektiven Buches“ des „Volksgedächtnisses“ mit Zeitzeugenaussagen von Überlebenden aus allen Regionen der Ukraine.<sup>21</sup>

In einer Antwort auf die Schriftsteller Anfang 1989 kritisierte Kul'čyc'kyj die Stalinische Führung zwar schärfer, trat aber sowohl der These, daß die Hungersnot vom Staats- und Parteiapparat hervorgerufen worden sei, als auch der „irrationalen“ These des US-Kongresses entgegen, daß die Hungersnot gegen das ukrainische Volk organisiert worden sei.<sup>22</sup>

## Die Einschreibung des Holodomor in das nationale Geschichtsbild

Das bedeutendste politische Ereignis des Jahres war der Gründungskongreß der Volksbewegung zur Unterstützung der Perestrojka *Ruch* im September 1989. Bereits in der Präambel eines Programmentwurfs von *Ruch* wurde der „künstliche Hunger 1933 mit Millionen von Opfern“ in einer langen Reihe der „Verbrechen der Stalinischen und Neostalinischen Brežnevischen obersten Führer gegen das ukrainische Volk“ bis zu Čornobyl' genannt. Auch die Hungerkatastrophen von 1921/22 und 1946/47 wurden erwähnt. Der Schriftsteller Serhij Plačynda verwies bei der Deutung der sowjetischen Kollektivierung auf das Dorf als Hort nationalukrainischer Tradition. Damit integrierte er die Hungersnot in ein nationales Geschichtsbild als Geschichte von physischen und ökologischen Vernichtungserfahrungen des ukrainischen Dorfes und der Bauern und damit der Nation.<sup>23</sup>

Während des Wahlkampfes 1990 vor den ersten freien Wahlen zum Parlament sowie den Gebiets- und Stadträten der USSR kam es zu einer zunehmenden Ritualisierung des Diskurses des Nationalen in Massendemonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen. Dadurch wurde ein öffentlicher, nichtsovietischer und nationaler Erinnerungsraum konstruiert, in dem das Gedenken an die Hungersnot einen zentralen Platz einnahm. Auf Initiative des Schriftstellers Oleksij Kolomijec' sollte ein Hügelgrab als Denkmal für die Opfer des Holodomor errichtet werden, um so an die Tradition der in der Steppe aufgeschütteten Gräber der Zaporoger Kosaken anzuknüpfen. Im August fand in Lubyeny (Gebiet Poltava) unweit eines Klosters die Einsegnung des Denkmalortes nach „kosakischem Ritus“ statt: Der Ex-ZK-Sekretär und damalige Parlamentsvorsitzende Leonid Kravčuk, der mittlerweile auf einen nationalen politischen Kurs eingeschwenkt war, erklärte, daß alle Gäste sich geschworen hätten, nicht mehr vom

<sup>19</sup> Ivan Dzjuba: V oboroni ljudyny i narodu, in: *Literaturna Ukraïna*, 23.6.1988.

<sup>20</sup> Vasyľ Pacharenko: Holod, in: *Literaturna Ukraïna*, 10.11.1988.

<sup>21</sup> Jevhen Hucalo: Stvorymo knyhy narodnoï pam"jati, in: *Literaturna Ukraïna*, 10.11.1988.

<sup>22</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: 1933: trahedija holodu, in: *Literaturna Ukraïna*, 12.1.1989.

<sup>23</sup> Spivpovid' Serhija Plačyndy, in: *Literaturna Ukraïna*, 21.9.1989.

Weg der Unabhängigkeit abzurücken. Die bereits im Juli verkündete Souveränität der UdSSR innerhalb der UdSSR wurde so legitimiert und die Unabhängigkeit im Sinne eines Vermächtnisses der Hunger-Toten als nationale Aufgabe gerechtfertigt.<sup>24</sup>

Die Entwicklung zu einem endgültig antisowjetischen Geschichtsbild 1990/1991 markierte der Vorsitzende der ukrainischen *Memorial*-Gruppe Volodymyr Manjak mit seinem *Volksbuch Memorial*. Er forderte 1991 nach dem Vorbild des Nürnberger Prozesses ein internationales Tribunal über das Stalinsche Imperium und den Neostalinismus, um die „blutigen Seiten der Geschichte des ukrainischen Volkes“ zu untersuchen, und mahnte, sich nicht mehr länger mit „jahrzehntelangen Falsifizierungen und Verschweigen abzufinden“.<sup>25</sup> Die historische Erinnerung durch das *Volksbuch Memorial* war laut Manjak die Garantie für die Wiedergeburt des ukrainischen Volkes und der Bauern als seiner Träger.

Die Hungerdebatte illustrierte, wie durch die Moralisierung des „Diskurses des Nationalen“ und die davon abgeleitete „Wahrheit“ Freund- und Feindbilder geschaffen werden. Das Buch erzählte die „wahre“ Geschichte des Hungers, weil es auf den „echten“ Quellen des Volkes als Opfer eines demoralisierten Regimes beruhte: Das in dem Buch zu Wort kommende Volk war nach Manjak der „wahre Historiker“ und „heilig“.<sup>26</sup> Indem Manjak die „wahre Geschichte“ dieses Volkes mit historischen Stereotypen verband, konstruierte er eine „wahre“ Nationalgeschichte. „Geschichte“ und nationales Gedächtnis waren damit deckungsgleich. Diese Nationalgeschichte grenzte er nicht mehr nur von der sowjetischen, sondern implizit auch von der „falschen“, weil unmoralischen russischen Geschichte ab. Er stellte die Hungersnot auf eine Stufe mit den Verfolgungen der Anhänger des ukrainischen Hetmans Ivan Mazepa durch Zar Peter den Großen und konstruierte so einen stereotypen Gegensatz zwischen freiheitsliebenden Ukrainern und russischem Despotismus. So konnte die eigene Opfergeschichte deterministisch erfaßt und mit dem Bild des bedrohlichen „Anderen“ erklärt werden. Dieses ansatzweise exklusive Geschichtsbild enthielt jedoch auch politische Ressourcen, um das totalitäre System zu delegitimieren: Manjak forderte nun die Rückkehr aus der sowjetischen Sackgasse zur „vollen ökonomischen und politischen Unabhängigkeit der Ukraine“.<sup>27</sup>

## Die Hungersnot in den öffentlichen Debatten nach 1991

Nach 1991 wurde die Hungersnot auch von der postsowjetischen Nomenklatura um Leonid Kravčuk zur Legitimation von Nation und Staat genutzt. In öffentlichen Reden wurde das von *Ruch* entwickelte antisowjetische Geschichtsbild, die Ukraine als Opfer zu zeichnen und die Hungerkatastrophe als Genozid zu verstehen, übernommen. Auch wenn Kravčuk Rußland nicht explizit als Schuldigen totalitärer Genozid-

<sup>24</sup> Vyroste kurhan skorboty . . . Reportaž pro osvjačennja miscja kurhana vičnoj sorboty žertvam holodomoru na Ukraïni v 1932–33 rokach, in: Literaturna Ukraïna, 16.8.1990. Mit dem kosakischen Ritus wurde der Holodomor symbolisch mit den kurz zuvor unter massenhafter Beteiligung durchgeführten „500. Jahrestages der Gründung der Zaporoger Sič“ verknüpft.

<sup>25</sup> Volodymyr Manjak: 33-j: holod. Narodna knyha-memorial. Kyïv 1991, S. 7–14.

<sup>26</sup> Volodymyr Manjak: Narodovi povertajet'sja istorija, a istorij – pravda, in: Literaturna Ukraïna, 27.7.1989.

<sup>27</sup> Manjak, 33-j: holod, [Fn. 25], S. 13.



politik nannte und durchaus selbstkritisch auf das Versagen von Politikern der Ukraine hinwies, waren antirussische Untertöne unüberhörbar.<sup>28</sup>



Briefmarke zum 60.  
Jahrestag des  
Holodomor 1993

Für ehemalige Nomenklaturčiki aus Partei und Staat der USSR hatte die Hungersnot eine spezifische Funktion: Sie diente dazu, die politische Biographie dieser Gruppe in den Kontext des nationalen Emanzipationsprozesses zu stellen und so nachträglich zu legitimieren sowie einzelne ehemalige KPU-Repräsentanten in der postsozialistischen Ukraine als patriotisch handelnde Politiker zu rechtfertigen: In einem Interview erklärte der frisch gewählte Präsident Kravčuk 1992, als er 1987 die Wahrheit über die Hungersnot erfahren habe, sei für ihn klar gewesen sei, daß er entweder seine Philosophie ändern oder den Dienst in der Politik quittieren müsse.<sup>29</sup> Auf ihrer „Vierten allukrainischen Versammlung“ verabschiedeten die Delegierten der Volksbewegung *Ruch* die Deklaration „Zum 60. Jahrestag des Holodomor in der Ukraine“.

In dieser Erklärung deuteten sie die Hungersnot als eine von der „imperialen, bolschewistischen Obrigkeit erdachte und geplante Genozid-Politik gegen die ukrainischen Bauern als Hauptfeind des totalitären Regimes“ und damit als Verbrechen gegen die Grundlage der ukrainischen Nation. Aus diesem Geschichtsbild leitete ein Teil der *Ruch*-Führung um Vjačeslav Čornovil die radikale „Dekommunisierung“ der ukrainischen Gesellschaft als politisches Ziel ab, in der er eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Staatsbildung und Demokratisierung. Die Versammlung forderte den Präsidenten und das Parlament auf, ein von *Memorial* geplantes internationales Symposium zum Thema „Holodomor-Repressionen-Genozid“ als Grundlage für ein „Gericht über die KPdSU-KPU“ zu unterstützen. Damit rückte die vergangenheitspolitische und juristische Dimension der Debatte über die Hungersnot in den Vordergrund. So konnte auch das Präsidium des Parlaments der Ukraine am 26. August 1991 das Verbot der *Kommunistischen Partei der Ukraine* mit dem Hinweis auf deren Mitverantwortung für den Holodomor rechtfertigen. Der Hinweis auf die kriminelle Zerstörung des landbesitzenden, arbeitsamen ukrainischen Bauerntums, das einst „halb Europa zu versorgen“ mußte, diente dazu, die Wiedereinführung des Privateigentums in der Landwirtschaft zu legitimieren. Auch wenn hier von der „kolonialen Geschichte der Ukraine vom XVII.–XX. Jahrhundert“ gesprochen wurde, überwogen die politischen Ziele die ethnonationalen Konnotationen deutlich. Die beschlossene Erinnerungspolitik wurde bereits 1992 und 1993 von staatlichen Institutionen in modifizier-

<sup>28</sup> Leonid Kravčuk: Speech at the Congress of Ukrainians (22.1.1992), in: Leonid Kravčuk: *Our Goal – a Free Ukraine*. Kiev 1993, S. 118–121, hier S. 118, 119.

<sup>29</sup> Leonid Kravčuk: A politician should have patience and willpower. Interview with *The Wall-Street Journal*, 10.2.1992, in: Kravčuk, *Goal* [Fn. 28], S. 125–127, hier S. 126.

ter Form – etwa durch Aufstellen eines Gedenkzeichens und eine „Woche der Trauer“ für die Opfer des Holodomor – aufgegriffen, teilweise aber erst 1998/2003 umgesetzt.<sup>30</sup>

## Die Hungersnot als Gedenktag und Symbol der unabhängigen Ukraine

Mit den Gedenkzeremonien zum 60. Jahrestag der Hungersnot wurde im September 1993 erstmals offiziell an den Holodomor erinnert. Sie gehören zu den bedeutendsten geschichtspolitischen Ritualen des jungen Staates nach der Unabhängigkeit und belegen, welche besondere Bedeutung die Hungersnot im ukrainischen Diskurs des Nationalen hat. Am 19. Februar 1993 ordnete Präsident Kravčuk für alle staatlichen und regionalen Ebenen „Tage der Trauer und des Gedenkens an die Opfer des Holodomor in der Ukraine 1932–1933“ an. Im Organisationskomitee unter Vizepremierminister Mykola Žulyns'kyj dominierten Angehörige der „Sechziger“ (*šistdesjatyky*) und jene Repräsentanten von *Ruch*, die aus dem Schriftstellerverband stammten, der Gruppe angehörten, die – im Gegensatz zu Čornovil – Präsident Kravčuk unterstützten. Sie bestimmten die Geschichts- und Symbolpolitik bis Mitte der 1990er Jahre.<sup>31</sup>

Das Organisationskomitee berief eine Konferenz mit dem Titel „Der Holodomor 1932–1933 in der Ukraine: Ursachen und Folgen“ ein, die für den Verlauf der Debatte über die Hungersnot aufschlußreich ist. Mykola Žulyns'kyj bekräftigte in seinem Grußwort, daß die Hungersnot von der Führung der Kommunistischen Partei geplant worden sei und ein ukrainischer „Holocaust“ gewesen sei.<sup>32</sup> Der Ex-*Ruch*-Vorsitzende Ivan Drač lenkte die Debatte auf die vergangenheitspolitische Dimension und das ukrainisch-russische Verhältnis. Drač plädierte dafür, daß Rußland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion sich für das Verbrechen der Hungersnot entschuldigen und für seine „Sünden“ büßen müsse. Er integrierte die Hungersnot in ein ethnonationales Geschichtsbild und konstruierte mit Hilfe historischer Stereotypen eine deterministische Schuld Rußlands: Seit Fürst Andrej Bogoljubskij (12. Jh.) sei es erklärtes Ziel des russischen Staates, die Sprache, Kultur und Existenz der ukrainischen Nation zu unterdrücken. Dem „großrussischen Rassismus“ und der „erbarmungslosen Unterdrückungspolitik“ stellt er „Ehre“, „Würde“, „Toleranz“ und „Weisheit“ der ukrainischen Nation entgegen, die selbst ihren Feinden gegenüber nachsichtig sei. Drač stilisierte Rußland zum bedrohlichen „Anderen“, das die Eigenständigkeit der Ukraine in Frage stellte. Zugleich deutete er die sowjetische Geschichte als russisch dominierte Fremdgegeschichte, mit der die ukrainische Nation nichts zu tun habe.

Diesem von der nordamerikanischen Diaspora geprägten Geschichtsbild der Hungersnot ist inhärent, eine ethnisch exklusive nationale Gemeinschaft zu konstruieren, was insbesondere die starke russische Minderheit und russophone Ukrainer im Osten und Süden des Landes zurückstoßen konnte. Insofern wies Dračs Rede Tendenzen der für den *Diskurs des Nationalen* typischen Totalisierung auf: Aus einem essentialistisch gedeuteten Ereignis werden absolute, deterministische Kriterien der Inklusion und Exklusion

<sup>30</sup> „Z pryvodu 60-riččja holodomoru v Ukraïni“, in: Tysjača rokiv Ukraïns'koï suspil'no-polityčnoï dumky. U dev'jaty tomach. Tom IX (1989–2001). Kyïv 2001, S. 269–270.

<sup>31</sup> „Pro zachody u zv'jazku z 60-my rokovynamy holodomoru v Ukraïni“. Erlaß 38, 19.2.1993. Im Organisationskomitee waren James Mace und Robert Conquest vertreten.

<sup>32</sup> Zu anderen Interpretationen: Valerij Vasil'ev in diesem Heft, S. 165–182.

sowie zur Konstruktion von „fremd“ und „eigen“ abgeleitet. Dieser Befund ist jedoch in das politische Umfeld von 1992/1993 zu stellen. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit herrschten zwischen Rußland und der Ukraine ernsthafte Spannungen, weil die separatistischen Tendenzen auf der Krim, die von rußländischen Politikern unterstützt wurden, oder der Streit um die Schwarzmeerflotte in der Ukraine als Bedrohung der Unabhängigkeit empfunden wurden.<sup>33</sup>

Diese Totalisierung des Diskurses des Nationalen verband sich mit modernen, auf die staatliche Zukunft ausgerichteten Aspekten, zumal nicht alle Konferenzteilnehmer Dračs ethnonationale Zugänge geteilt haben dürften. Dies illustrierte der Auftritt des Präsidenten Kravčuk. Er verurteilte die „künstliche“ Hungersnot von 1932/1933 und reihte sie als Genozid in eine Linie mit den „künstlichen“ Hungersnöten von 1921 und 1946/47 ein. Er enthielt sich jedoch offener ethnonationaler oder antirussischer Untertöne und lenkte den Blick auf die Lehren für Staat und Gesellschaft: Eine Ursache der Hungersnot sei die Existenz einer geschlossenen sowjetischen Gesellschaft gewesen. Weil niemand etwas von der Ukraine gewußt habe, habe Stalin erst seine Machenschaften durchführen können. Eine Gesellschaft mit freiem Zugang zu Informationen und einer demokratischen Struktur bewahre das Volk vor solchem Unglück. Der Präsident nutzte das durch die Hungersnot konstruierte nationale Gedächtnis als politische Ressource zur Legitimation eines unabhängigen, demokratischen Staates.<sup>34</sup>

Die aufwendigen öffentlichen Gedenk- und Trauerfeierlichkeiten hatten dabei die Funktion, das durch die Erinnerung konstruierte nationale Bewußtsein in der Gesellschaft zu verankern. Entlang der zentralen Prachtstraße Kreščatyk in Kiev wurden Dokumente, Zeitzeugenberichte und Fotos von hungernden ukrainischen Bauern und Familien ausgestellt. Viele Besucher brachten Blumen, Früchte und Brot an einen zu Ehren der Opfer der Hungersnot auf dem Kreščatyk errichteten Altar. Die blau-gelben Staatsflaggen auf den Regierungsgebäuden wehten auf Halbmast und waren mit schwarzen Trauerschleifen versehen.

Die Hauptveranstaltung fand auf dem Sophienplatz um das Chmel'nyc'kyj-Denkmal statt. Die gesamte Staatsspitze und 5000 Besucher waren versammelt. Die Anwesenheit von Würdenträgern aller größeren in der Ukraine vertretenen Religionen sollten Einheit und Toleranz als Werte des jungen Staates unterstreichen. Nach dieser Zeremonie fand eine als „Kreuzweg“ bezeichnete Prozession statt, die zum Michaelsplatz zog, wo das Denkmal für die Opfer des Holodomor eingeweiht und eingesegnet wurde.<sup>35</sup> Das Denkmal aus Granit und Bronze symbolisiert ein Kreuz mit der Silhouette einer „Mutter-Beschützerin“ als Symbol der Ukraine mit einem Kind an der Brust, deren Arme zum Zeichen der Verzweiflung ausgestreckt sind. Das lakonische, von Monumentalismus freie Denkmal zeigt authentisch die Trauer und das Gedenken an die Opfer der Hungersnot.

Während der Zeremonie am 12. September wurde durch das Gedenken an die Hungersnot auch die Einheit aller Regionen im jungen Staat symbolisch untermauert: Repräsentanten fast aller Regionen legten am Denkmal Kränze nieder.<sup>36</sup> Bewohner der

<sup>33</sup> Ivan Dračs „Čy pokajets'ja Rosija?“, in: Tysjača rokiv [Fn. 30], S. 281–289.

<sup>34</sup> Vid orgkomitetu „Holodomor – 33“, in: Holo Ukraïny, 9.9.1993.

<sup>35</sup> Valentyn Labuns'kyj: I mertvam, i žyvym i nenarodžennym..., in: Holo Ukraïny, 14.9.1993.

<sup>36</sup> Bil'. Spokuta. Pam'jat', in: Holo Ukraïny, 14.9.1993. In der „Woche der Trauer“ wurden weitere Denkmäler eingeweiht und Ausstellungen durchgeführt.

östlichen und zentralen Regionen brachten Erde von Massengräbern der Hungeropfer nach Kiev, während Repräsentanten der 1932/33 zu Polen gehörenden Westukraine Dokumente ausstellten, die ihre von der sowjetischen Regierung nicht ins Land gelassenen Hilfeleistungen zeigten. Durch diese „Woche der Trauer und Erinnerung“ wurde die Hungersnot als eines der Schlüsselereignisse des nationalen Geschichtsbildes der Nationalbewegung in das nationalstaatliche Geschichtsbild eingeschrieben. Dabei schrieben die Geschichtspolitik und die Wissenschaft bereits zu dieser Zeit die Deutung der Hungersnot als „Genozid am ukrainischen Volk“ fest. Das Ereignis wurde zu einer Abkürzung, die im öffentlichen Raum des jungen Staates die zentralen Funktionen eines nationalstaatlichen Symbols erfüllte. Auch nach außen präsentierte sich die Ukraine als Staat, der sich mit der totalitären Vergangenheit auseinandersetzt: 1993 wurde das Außenministerium beauftragt, sich an die UNESCO mit der Bitte zu wenden, den 60. Jahrestag in den Kalender der Jahrestage herausragender historischer Ereignisse aufzunehmen.<sup>37</sup>

Catherine Wanner hat den „Tag der Trauer“ im September als Teil des offiziellen Feiertagskalenders der unabhängigen Ukraine dargestellt und als „ersten Versuch des postsowjetischen Staates, diese Erinnerung zu einem permanenten Ereignis zu machen“ interpretiert. Diese Deutung ist fragwürdig: Der Gedenktag zur Hungersnot ist bis heute kein arbeitsfreier staatlicher Feiertag. Erst 1998 wurde er zu einem nationalen Gedenktag. Eine populäre und kontinuierlich gepflegte Gedenktradition hat sich weder auf staatlicher noch gesellschaftlicher Ebene entwickelt.<sup>38</sup> In den Geschichtsschulbüchern wurde die Genozid-These als Teil eines keineswegs unumstrittenen nationalstaatlichen Geschichtsbildes verankert.<sup>39</sup> Die Lehrbücher der Akademie der Wissenschaften übernahmen ebenfalls die Genozidthese, blieben aber gegenüber ethnonationalen Argumentationen zurückhaltend. In dem wichtigsten Lehrbuch „Geschichte der Ukraine. Neue Sichtweisen“ setzten die Autoren einen anderen Akzent als etwa F. Turčenko. Auch sie sprachen von einem „Genozid“, betonten aber seine soziale Einfärbung: Demnach zielte „der Genozid in den Grenzen der Ukraine mit seiner Spitze nicht auf die Ukrainer als solche, sondern die ländliche Bevölkerung“. Nur im Zusammenhang mit der Hungersnot in den mehrheitlich ukrainisch besiedelten Gebieten des Nordkavkasus und mit dem dort eingeleiteten Abbruch der Ukrainisierung durch die bolschewistische Führung betonten sie den nationalen Faktor. Diese Deutung wurde in Neuauflagen der „Sichtweisen“ bis 2002 beibehalten.<sup>40</sup>

## Die Hungersnot im Diskurs der „nationalen Einheit“ unter Kučma

In der Geschichtspolitik unter Präsident Leonid Kučma, der seit 1994 amtierte, spielte die Hungersnot mit ihren antisowjetischen Konnotationen anfangs keine Rolle. Kuč-

<sup>37</sup> 1993 hatte auch der Film „Holod-33“ von Oles’ Jančuk Premiere, zu dem Serhij Djačenko und *Ruch*-Aktivist Les’ Tanjuk das Drehbuch nach dem Roman von Vasyl’ Barka schrieben.

<sup>38</sup> Catherine Wanner: *Burdens of Dreams. History and Identity in Post-Soviet Ukraine*. Pennsylvania 1998, S. 150 und 157. – Der „Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ wurde erst 2000 als Staatsfeiertag gestrichen.

<sup>39</sup> F.H. Turčenko: *Novejšaja istorija Ukrainy. Čast’ pervaja 1917–1945 gody*. Kyiv 1995, S. 225.

<sup>40</sup> *Istorija Ukrainy. Vydannja 3-e, dopovnene j i pereroblene*. Kyiv 2002. Leiter des Autorenkollektivs war S. Kul’čyc’kyj, der auch den Abschnitt zum Hunger verfaßt haben dürfte.

ma versuchte, die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung im Osten und Süden des Landes auf der Basis einer modifizierten, von antirussischen Konnotationen freien Symbolpolitik zu gewinnen und sich als starker Präsident einer unabhängigen Ukraine und als konsolidierende Kraft jenseits der Regionen zu profilieren. Charakteristisch war die Verbindung des Gedenkens zum 50. Jahrestag des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ am 8. Mai 1995 mit einer Belebung der spezifisch nationalukrainischen Traditionen des Kosakentums aus Anlaß des 400. Geburtstages von Hetman Bohdan Chmel'nyč'kyj.

Seit 1995 wurde vom Präsidenten und seinen für geschichtspolitische Fragen zuständigen Beratern Zug um Zug eine symbolische Politik der nationalen Einheit entwickelt, die den Präsidenten als Garanten der Einheit von Staat und Nation über alle ethnokulturellen und regionalen Grenzen hinweg in den Mittelpunkt stellte. Diese Geschichtspolitik war primär mit den Konnotationen „Integration“, „starker Staat“ verbunden und beruhte auf dem Angebot einer eher territorialstaatlich als sprachlich-kulturell orientierten Identität.<sup>41</sup> Bis 1998 wurde diese Geschichtspolitik auf dem Boden der zentralen Symbole des nationalen Geschichtsbildes von 1991/1992 entwickelt, wobei die offene Übernahme politischer Deutungsmuster des sowjetukrainischen Geschichtsbildes zunächst weitgehend vermieden wurde.<sup>42</sup> Die Modifikationen in der nationalen Geschichtspolitik gingen auch mit einem Wechsel der Akteure einher, die für die Geschichtspolitik verantwortlich zeichneten. Einige wichtige Vertreter waren in den wissenschaftlichen und politischen Institutionen der USSR sozialisiert worden und hatten bis 1991 gegen *Ruch* das sowjetukrainische Geschichtsbild verteidigt. Gleichzeitig berief der Präsident auch Politiker aus dem reformorientierten und national-demokratischen Lager in die Regierung. So konnte er auch im Westen des Landes Zustimmung gewinnen.

So ist es keineswegs verwunderlich, daß die Hungersnot als Schlüsselereignis des nationalen Geschichtsbildes auf die geschichtspolitische Agenda der Staatsführung kam und von den Beratern des Präsidenten 1996 als von Stalin und anderen Parteiführern verursachter „Genozid“ bezeichnet wurde.<sup>43</sup> Anläßlich des 65. Jahrestages der Hungersnot beschloß das Kabinett unter Premierminister V. Pustovoitenko die Durchführung von „Gedenktagen an die Opfer des Holodomor in der Ukraine“ sowie zahlreiche Aktivitäten, die von staatlichen Verwaltungen aller Gebiete sowie vom Staatskomitee für religiöse Angelegenheiten vorbereitet werden sollten. Das Programm sah Ausstellungen von Dokumenten zur Hungersnot in Kiev, Gebete, Trauermärsche, Unterrichtsstunden in den Schulen vor.<sup>44</sup>

Mit ausdrücklichem Bezug auf diesen Kabinettsbeschluß fand 1998 eine Konferenz zur Hungersnot statt, die von der „Assoziation der Holodomorforscher in der Ukraine“ und dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften organisiert wurden. Sie illustrierte nicht nur die Verquickung der nun teilweise wieder „offiziösen“ Akademiehistoriographie mit der Politik, sondern auch die im Laufe der 1990er Jahre zunehmen-

<sup>41</sup> Vasył' Kremen', Dmytro Tabačnyk, Vasył' Tkačenko: *Ukraïna: Al'ternatyvy postupu*. Kyïv 1996.

<sup>42</sup> Wilfried Jilge: Exklusion oder Inklusion? Geschichtspolitik und Staatssymbolik in der Ukraine, in: *OSTEUROPA*, 7/2003, S. 984–994, hier S. 993.

<sup>43</sup> Kremen' u.a., *Ukraïna* [Fn. 41], S. 378.

<sup>44</sup> Beschluß des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 1696, 26.10.1998 „Pro 65-ti rokovyny holodomoru v Ukraïni“, in: *Urjadovyj kur'er*, 29.10.1998.

de Übernahme der ethnonational gefärbten Genozid-These durch die Mehrheit der ukrainischen Historiker. Die These vom geplanten Genozid am ukrainischen Volk wurde auf der Konferenz durch den Vizepremierminister der Ukraine und Direktor des Instituts für Geschichte, Valerij Smolij, im Rahmen eines nationalen Geschichtsbildes, das die freiheitsliebenden, grundbesitzenden ukrainischen Bauern mit ihren kosakischen Vorfahren in Verbindung brachte, kanonisiert: Smolij erklärte, daß die „Ursachen und Folgen des Hungers geklärt seien“ und daß die Wissenschaftler den Hunger von 1933 als Genozid anerkannt hätten.<sup>45</sup> Der ehemalige Dissident und Vorsitzende der Assoziation der Holodomorforscher in der Ukraine, Levko Luk'janenko, forderte unter Hinweis auf die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen von 1948, die Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem solle die Rußländische Föderation ihre Schuld und Reue gegenüber der Ukraine nach dem Vorbild Deutschlands in bezug auf die Verbrechen des Hitler-Regimes anerkennen. Der Staat solle sich für die internationale Anerkennung der Hungersnot als Genozid des ukrainischen Volkes einsetzen. Schließlich kritisierte er das mangelnde Interesse an der Aufarbeitung und am Gedenken der Opfer des Holodomor.<sup>46</sup>

Ausgerechnet Präsident Kučma, der der sowjetischen Nomenklatura entstammte und von Ex-Dissidenten und Nationalisten als „russophil“ gescholten wurde, griff einige diese Initiativen auf und bestimmte per Erlaß den vierten Samstag im November zum „Gedenktag für die Opfer der Holodomore und politischer Repressionen“. Ein Jahr vor den Präsidentenwahlen präsentierte sich Kučma als nationaler Führer, der die Erinnerung an die Hungersnot und die Repressionen der Sowjetzeit im Wahlkampf 1999 gegen seinen kommunistischen Konkurrenten Petro Symonenko einsetzte.<sup>47</sup> Unter Kučma kam es auch zu ersten diplomatischen Initiativen zur weltweiten Anerkennung der Hungersnot als Genozid.<sup>48</sup>

Gleichzeitig änderte sich auch die offizielle Geschichtspolitik. Die Staatsführung griff zunehmend auf sowjetukrainische und sowjetische Symbole neben dezidiert nationalen Symbolen zurück und inszenierte sich als autoritärer Wahrer staatlicher Einheit.<sup>49</sup>

<sup>45</sup> Valerij Smolij: 1933 rik v našij pam'jati, v našij istorii, in: Holod-Henocyd 1933 roku v Ukraïni: istoriko-politolohičnyj analiz social'no-demohrafičnyh ta moral'no-psycholohičnyh naslidkiv. Mižnarodna naukovo-teoretyčna konferencyja, Kyïv 28 lystopada 1998 r.: Materialy. Kyïv, New York 2000, S. 11–15, hier: S. 13. Die Hungersnot von 1932/1933 wurde nun in eine Kontinuität der Hungersnöte von 1921–1923 und 1946–1947 eingereiht. Die Hungersnot von 1946/47 wurde als „weiterer Versuch eines Ethnozids“ gewertet. Abgewogener wird die Herausarbeitung der Unterschiede zwischen den drei Ereignissen in dem von Kul'čyc'kyj verfaßten Abschnitt behandelt. Vgl. Veselova, Maročko, Movčan, Holodomory v Ukraïni [Fn. 10], S. 248.

<sup>46</sup> Levko Luk'janenko: Jurydyčni aspekty holodomoru 1932–1933 rokiv, in: Holod-Henocyd [Fn. 45], S. 241–247.

<sup>47</sup> Erlaß des Präsidenten der Ukraine Nr. 1310, 26.11.1998 „Pro vstanovlennja Dnja pam'jati žertv holodomoriv ta polityčnyh represij“, in: Urjadovyj kur'er, 28.11.1998.

<sup>48</sup> Statement by H.E. Mr. Volodymyr Yel'chenko, Ambassador, Permanent Representative of Ukraine to the United Nations, 2 December 1998, auf der Generalversammlung der UN anläßlich des 50. Jahrestages der Annahme der Völkermordkonvention, in: <<http://www.faminegenocide.com/ambassador.html>>

<sup>49</sup> Diese Änderungen setzten im Herbst 2000 ein, als die Ermordung des Journalisten Gongadze eine innenpolitische Krise auslöste. Diese widersprüchliche Geschichtspolitik verbindet pro-russische mit sowjetischen Konnotationen und zielt auf die Wählerbasis im Osten des Landes. Diese von gelenkten Medien gestützte Strategie, die auf nicht-sowjetische, nationalstaat-

Ausgangspunkt für die Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag war ein Präsidialerlaß vom 20. März 2002.

Die beschlossenen Aktivitäten ähnelten jenen aus den Verordnungen von 1998. Sie reichten von der Errichtung von Denkmälern und Grabstätten über Öffentlichkeitsarbeit bis zu Konferenzen und Unterrichtsstunden in den Schulen. Neben einer parlamentarischen Anhörung im Februar 2003 und einer Sondersitzung des ukrainischen Parlaments zum Gedenken an den Holodomor verabschiedete das Parlament eine Empfehlung an das Kabinett, ein „Staatliches Forschungszentrum zur Untersuchung der Ursachen und Folgen der Hungersnöte“ in der Ukraine einzurichten und eine Gedenkstätte in der Hauptstadt Kiev zu schaffen.

Erneut wurde die Empfehlung an das Außenministerium ausgesprochen, international aktiv zu werden, um die Anerkennung des Holodomor 1932/1933 als staatlichen Genozid zu erreichen. Das Ministerium sollte der Generalversammlung der UNO vorschlagen, auf einer ihrer Sitzungen der Opfer des Holodomor mit einer Schweigeminute zu gedenken und ein internationales Holodomor-Museum unter der Ägide der UNO zu unterstützen.<sup>50</sup>

Aufschlußreich für den Bedeutungswandel, den die Hungersnot im Diskurs des Nationalen durchlief, waren die parlamentarischen Anhörungen, die Sondersitzung des Parlaments sowie die öffentlichen Stellungnahmen der Staatsführung 2002/2003. Auf der Sondersitzung am 15. Mai 2003 wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und großer Teile der Opposition (bei demonstrativem Auszug der Kommunisten) eine Erklärung an das ukrainische Volk zum Gedenken an die Opfer des Holodomor verabschiedet, die ausführlich auf die historischen Hintergründe des Ereignisses einging.<sup>51</sup>

Bereits am 28. November 2002 hatte das Parlament den „bewußt organisierten [...] Holodomor 1932/1933 als Akt des Genozids des ukrainischen Volkes“ verurteilt, der „von den Führern des sowjetischen totalitären Regimes gegen die Bürger der Ukraine und den nationalen Geist, die Mentalität und den genetischen Bestand des ukrainischen Volkes“ durchgeführt worden sei. Vor allem wurde die enorme gesellschaftliche und politische Bedeutung des Holodomor hervorgehoben: die Wahrheit über den Holodomor habe eine herausragende Rolle bei der nationalen Wiedergeburt gespielt.

Politisch stand die Integrationsfunktion für Nation und Staat an erster Stelle: Die Klassifikation dieser Katastrophe der ukrainischen Nation als Genozid habe „grundlegende Bedeutung für die Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse in der Ukraine“ und sei ein wichtiger Faktor bei der Erneuerung der historischen Gerechtigkeit. Außerdem sei diese Bewertung ein Beweis für die „Unumkehrbarkeit der Demokratisierungsprozesse in der Gesellschaft“ und ein „strenger Vorbehalt gegenüber Versuchen, in der Ukraine eine neue Diktatur einzurichten und das Recht auf Leben als

---

liche Symbole nicht verzichtet, fand einen Höhepunkt im Präsidentenwahlkampf 2004. Vor der Wahl organisierte die Staatsmacht eine Militärparade zur Erinnerung an den „60. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den faschistischen Besatzern“, zu der die Präsidenten Putin (Rußland), Lukašenko (Belarus') und Aliiev (Azerbajdžan) eingeladen waren.

<sup>50</sup> Beschluß der Obersten Rada der Ukraine Nr. 258-IV, 28.11.2002 „Pro 70-ti rokovyny holodomoru v Ukraïni“, in: *Holos Ukraïny*, 6.12.2002.

<sup>51</sup> Beschluß der Obersten Rada der Ukraine Nr. 789-IV, 15.5.2003 „Pro Zvernennja do Ukraïns'koho narodu učasnykiv special'noho zasidannja Verchovnoï Rady Ukraïny 14 travnja 2003 roku ščodo všanuvannja pam'jati žertv holodomoru 1932-1933 rokiv“, in: *Holos Ukraïny*, 23.5.2003.

wichtigstes Recht des Menschen zu mißachten“. Erst mit der offiziellen Bewertung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk und der „Erneuerung der historischen Wahrheit“ seien die „wahre“ Nationalgeschichte und die Nation wiederhergestellt.

In seiner Ansprache im November 2002 verurteilte Präsident Kučma nicht nur den Holodomor als Genozid, sondern die kommunistische Ideologie, für die das Leben des einzelnen keinen Wert habe. Dabei nutzte er das Gedenken an den Holodomor zu innenpolitischen Zwecken: Er könne nicht verstehen, wie sich Kommunisten und die Erben derer, die unter ihnen gelitten hätten, heute unter einer gemeinsamen Fahne vereinen könnten. Dies zielte nicht nur auf die Kommunisten, sondern auf die Opposition, die im Herbst 2002 im Rahmen der Aktion „Ukraine ohne Kučma“ einige Male gemeinsam gegen Regierung und Präsident demonstrierte. Der wegen autoritärer und sowjetischer Verhaltensweisen kritisierte Kučma grenzte sich so von der „Straße“ ab und fügte sich dann in die Opfer- und Gedenkengemeinschaft des ukrainischen Volkes ein. Außerdem erinnerte Kučma daran, daß nur die Unabhängigkeit und der demokratische Staat die Garantie böten, daß sich Ereignisse wie die Hungersnot nicht wiederholten. Die versuchte Hilfeleistung der Ukrainer in Polen 1933 habe gezeigt, daß man eine „einige Nation“ sei. So präsentierte sich Kučma als Wahrer der Einheit der Nation eines unabhängigen Staates.<sup>52</sup>

Auch Regierungsmitglieder und Repräsentanten der präsidentennahen Fraktionen stellten in der parlamentarischen Anhörung im Februar 2003 die „Stabilisierung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Ukraine“ und die nationale Einheit und Konsolidierung in den Mittelpunkt.<sup>53</sup> Volodymyr Lytvyn, Vorsitzender der Rada, Akademie-Historiker und Spitzenkandidat des präsidentennahen Blocks „Für eine einige Ukraine“ bei den Wahlen 2002 plädierte für eine „ausgewogene und weitsichtige Analyse des tragischen Abschnitts der vaterländischen Geschichte“ und mahnte, politische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Gleichzeitig werteten Regierungsvertreter die Hungersnot als Genozid und wiesen Stalin und seinem Gefolge die Verantwortung zu.<sup>54</sup>

Die Deutung der Hungersnot als Genozid teilten alle Teilnehmer einschließlich der Sozialistischen Partei. Nur Petro Symonenko von der Kommunistischen Fraktion bestritt die Verantwortung der damaligen Parteiführung und bewegte sich weitgehend im sowjetischen Geschichtsbild, obwohl er den Hunger als Tragödie für die UdSSR und die Ukraine anerkannte. Als „Unverbesserlicher“ zog er massive Kritik auf sich und trug gerade so zu einem relativ einheitlichen Bild aller Fraktionen bei.<sup>55</sup>

Kaum einer der oppositionellen Abgeordnete vermochte sich der staatlichen Deutung des Holodomor als Genozid und damit der konstruierten Einheit zu entziehen. Nur der Vorsitzende der „Assoziation der Holodomorforscher“ Luk’janenko kritisierte die doppelbödige Geschichtspolitik der Staatsführung und forderte eine Erklärung der Regierung für den offiziellen Gedenktag aus Anlaß des 85. Geburtstages des ehemaligen Chefs der KPU Ščerbyc’kyj. Die vergangenheitspolitischen Auseinandersetzungen

<sup>52</sup> Die Ansprache in: Urjadovyj Kur’er, 26.11.2002.

<sup>53</sup> Zit. aus dem Protokoll der parlamentarischen Anhörung des Ausschusses für Fragen der Menschenrechte, nationalen der Minderheiten und internationalen Beziehungen vor: Parlaments’ki sluchannja. 12 ljutoho 2003 roku, 16.00 hodyna.

<sup>54</sup> Ebd., Blätter 1–7, 7–17; der Wille zum Konsens bestimmte alle Beiträge.

<sup>55</sup> Ebd., Blätter 42–46.



gen mit Rußland stellten oppositionelle Abgeordnete aus der ehemaligen *Ruch-*Führung in den Mittelpunkt. Öffentlich wiederholten sie die seit der *Perestrojka* erhobene Forderung nach einem „Nürnberg II“, also nach einer juristischen Aufarbeitung der Hungersnot und stalinistischer Verbrechen nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse. Ivan Drač (Block Unsere Ukraine) verknüpfte diese Forderung mit dem russisch-ukrainischen Verhältnis. Laut Drač ging es dem Moskauer Zentrum um die Vernichtung der ukrainischen Nation als solcher. Er widersprach ausdrücklich seinem für Minderheitenfragen zuständigen Fraktionskollegen Hennadyj Udovenko, der als einer der wenigen in seiner gemäßigten Rede den Begriff des „Genozids einer politischen Nation“ gebrauchte und dabei auf die anderen Ethnien in der Ukraine als Teil der Nation verwies: Drač betonte dagegen ausdrücklich, daß es nicht um einen Genozid einer politischen Nation, sondern des ukrainischen Ethnos ging. Er forderte von Rußland eine offizielle Entschuldigung. Mehr noch: Er weitete diese Forderung auf die Juden aus, die er implizit mit der jüdischen Herkunft des engen Gefolgsmannes Stalins Lazar' Kaganovič begründete und somit unterschwellig auf das antisemitischen Stereotyp der „Judäokommune“ zurückgriff.<sup>56</sup>

Dagegen äußerten die Redner des Präsidentenblocks keine Ansprüche an Rußland: Die Begriffe „Rußland“ oder „Russen“ kamen in den Beiträgen nicht vor. Statt dessen beschlossen die Präsidenten der Ukraine und der Rußländischen Föderation unmittelbar vor den Anhörungen demonstrativ, im Hunger-Gedenkjahr 2003 ein Kulturjahr Rußlands in der Ukraine durchzuführen, was oppositionelle Abgeordnete und nationale Vereinigungen massiv kritisierten.<sup>57</sup>

Eine Ausnahme in der Debatte bildete ein ausführlicher Zeitungsartikel des Führers der Fraktion „Unsere Ukraine“, Viktor Juščenko. Juščenko unterstrich die Bedeutung einer freien Presse und einer in Europa integrierten, nicht isolierten Ukraine. Hätte 1932/33 ein solcher ukrainischer Staat existiert, hätte die kommunistische Führung den Hunger nicht verschweigen und die Hilfeleistungen von außen nicht unterbinden können. Der Oppositionsführer leitete somit systematisch aus dem Ereignis der Hungersnot eine politische Lehre für die Gegenwart und Zukunft ab und kritisierte die staatliche Gängelung der Medien unter Kučma, ohne dabei in die geschichtspolitische Falle des russisch-ukrainischen oder innerukrainischen Ost-West-Gegensatzes zu tappen.<sup>58</sup> Juščenkos Äußerung und die kritische Auseinandersetzung einer wachsenden Minderheit von Intellektuellen mit dem staatlichen Gedenken an den Holodomor machen deutlich, daß die Deutung des nationalen Symbols der Hungersnot nicht nur im zeitlichen Wandel, sondern auch nach unterschiedlichen Milieus differenziert werden muß.

Die nationale Einheit konnte die Staatsführung auch nach außen inszenieren, indem das Außenministerium 2002/2003 die Initiativen zur Anerkennung des Holodomor als Genozid durch die internationale Gemeinschaft aufgriff. Dazu kam es jedoch nicht. Statt dessen unterzeichneten die Delegationen von 26 Staaten eine Erklärung, in der anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine an „die nationale Tragödie für das ukrainische Volk“ mit sieben bis zehn Millionen Toten erinnert wird. Ebenso wird an die Opfer anderer Nationen wie Russen und

<sup>56</sup> Ebd., Blatt 18, 21 (Udovenko), 65–67 (Drač). Dabei ist nicht klar, ob Dračs Äußerung jüdenfeindlich motiviert ist oder auf die Wahrung eines besonderen Opferstatus der Ukrainer zielt.

<sup>57</sup> Les' Tanjuk in: *Ekspres*, 30.1.–6.2.2003.

<sup>58</sup> Viktor Juščenko: *Holodomor: počuty holosy kriz' movčannja*, in: *Holos Ukraïny*, 11.2.2003.

Kasachen erinnert. Auch Rußland und Kazachstan unterzeichneten das Dokument. Diese Erklärung ist das erste offizielle Dokument der UN, das an die Opfer der Hungersnot in der Ukraine erinnert.<sup>59</sup>

## Fazit

Durch staatliche Erinnerungspolitik ist die Hungersnot in eine offiziell kanonisierte Deutung und damit in eine narrative Abbeviatur verwandelt worden, die alle zentralen Funktionen eines Staatssymbols erfüllt. In offiziellen Beschlüssen wird die Bedeutung für Demokratie und Unabhängigkeit genannt. Tatsächlich sind im politischen Diskurs in jüngster Zeit diese Bedeutungsinhalte in den Hintergrund getreten. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 nutzte die Staatsmacht das ehemals antitotalitäre Symbol des Holodomor vor allem zur Inszenierung der Einheit in Staat und Gesellschaft und damit auch zur Verschleierung eigener autoritärer, postsowjetischer Verhaltensweisen. Obwohl der Staat durch administrativen Druck Schwerpunkte der Medienberichterstattung leicht bestimmen kann und eine breite Behandlung der Hungersnot empfohlen worden war, gab es im Vorfeld und am Gedenktag im November 2003 kaum Informationen zur Hungersnot – weder im Staatsfernsehen noch auf den anderen Fernsehkanälen. Die Berichte zeigten lediglich Kranzniederlegungen durch Vertreter der Staatsmacht.<sup>60</sup> Dieser Befund steht im Widerspruch zur offiziell beschworenen Bedeutung, die der Anerkennung des Holodomor als Genozid des ukrainischen Volkes für das Werden einer „vollwertigen, zivilisierten Nation“ zukomme.

Den in der nationalen und demokratisch orientierten Opposition für die Geschichtspolitik verantwortlichen Kräften, die sich immer noch weitgehend aus den Künstlerverbänden und ersten *Ruch*-Repräsentanten rekrutieren, gelingt es häufig nicht, die Hungersnot als politisches Argument und Kontrastprogramm zum staatlichen Einheitsdiskurs zu nutzen oder ausreichend in der Öffentlichkeit zu popularisieren. In diesem Unvermögen kommt auch der Wandel eines Teils dieser Intellektuellen von einer patriotisch-emanzipatorischen und staatskritischen Haltung zu einem ethnotraditionalistischen und staatsaffirmativen Denken zum Ausdruck.

Ob die jüngste Form staatlichen Gedenkens zur nachhaltigen Aufklärung über eines der schlimmsten Verbrechen des totalitären sowjetischen Staates beitragen kann, ist fraglich. Insbesondere in den südlichen und östlichen Regionen der Ukraine wird die Hungersnot nicht als spezifische, nationale Tragödie oder ethnisch motivierter Genozid empfunden, auch wenn es während der Perestrojka private und gesellschaftliche Gedenkinitiativen gab. Zumindest hat die Erinnerung an den Hunger die dort noch starke sowjetische Feiertagskultur und die positive Haltung zur sowjetischen Vergangenheit

<sup>59</sup> Die Parlamente in Argentinien, Australien, Kanada und den USA haben eigene Erklärungen angenommen, in denen zum Teil explizit vom Genozid gesprochen wird.

<sup>60</sup> Tetjana Mel'nyks Programmanalyse zum 22.11.2003; <[www.telekritika.de](http://www.telekritika.de)>, 18.11.2003. – Volodymyr Kulyk: *Televizijnyj cynizm i ukrains'ka hromads'kist'*, in: *Krytyka*, 12/2003, S. 22–24.

nicht wesentlich beeinträchtigt: Nach jüngeren Umfragen beurteilen 62 Prozent der Befragten die Zugehörigkeit der Ukraine zur UdSSR positiv.<sup>61</sup>

Die ambivalente Haltung zur Hungersnot in der Ukraine hat auch sozialgeschichtliche Gründe: Während die nationalbewußte Westukraine kaum von der Hungersnot betroffen war, zerstörten Kollektivierung und Hunger in den zentralukrainischen und östlichen Regionen mit dem traditionellen ukrainischen Dorf eine soziale und kulturelle Basis des ukrainischen Nationalismus. Das eigenständige ukrainische Bauerntum wurde durch ein Kolchosbauerntum ersetzt, das sich nie gegen die Sowjetmacht auflehnte und bis in die 1990er Jahre kaum politische und gesellschaftliche Aktivität entfaltete.<sup>62</sup> Vor diesem Hintergrund sollten anhand der Deutung der Hungerdebatte keine voreiligen Schlüsse zur Erinnerungskultur der ukrainischen Gesellschaft gezogen werden.

Die These von der Hungersnot als „Genozid am ukrainischen Volk“ ist nicht nur Ergebnis der ukrainischen wissenschaftlichen Forschung, sondern auch Folge der Politisierung des Themas während der Perestrojka sowie der engen Verbindung von staatlicher Erinnerungspolitik und Wissenschaft seit 1991. Problematisch ist dabei, daß gemäß den Beschlüssen des Parlaments und der Regierung die politische und wissenschaftlich ‚objektive‘ Anerkennung des Hungers als Genozid zu einer „patriotischen Pflicht“ erklärt und tendenziell zum Ausweis einer „patriotischen“ Gesinnung oder fachlich „richtigen“ Meinung wird. Die Integration der Erinnerung an den Hunger 1932/1933 in ein zunehmend homogenes, monumentales und staatsaffirmatives Geschichtsbild droht eine tiefgreifende, nicht an „runden“ Jubiläen orientierte Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit zu verdrängen, die auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist.

---

<sup>61</sup> Rehional'na Ukraïna. Kyïv 2003, S. 16. Noch heute steht in Kiev das Denkmal für S. Kosior, als Parteichef der KPU (b), 1928–1932, einer der Verantwortlichen für die Hungersnot, an der Ecke zur Čornovil-Straße.

<sup>62</sup> Andrew Wilson: *The Ukrainians. Unexpected Nation*. New Haven, London 2002, S. 145–46.